

17. Juni 2026  
**Pressemitteilung**

**Franz Werfel** | Pressesprecher

c/o Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-  
Lippe e. V. – Diakonie RWL  
Lenastraße 41 | 40470 Düsseldorf

Telefon: 0211 6398-268  
Mobil: 0160 8465587

[presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de](mailto:presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de)

[www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de](http://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de)

Freie Wohlfahrtspflege stellt „NRW-Report Arbeitsmarktpolitik“ vor

## **Frühzeitige Unterstützung entscheidet über Ausbildungschancen junger Menschen und vermeidet Folgekosten**

Düsseldorf, 17. Juni 2026. Für viele junge Menschen in Nordrhein-Westfalen gestaltet sich der Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung zunehmend herausfordernd. Das zeigt der heute veröffentlichte „[NRW-Report Arbeitsmarktpolitik](#)“, den das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) exklusiv für die Freie Wohlfahrtspflege NRW erstellt hat.

Die Freie Wohlfahrtspflege NRW fordert deshalb, benachteiligte Jugendliche deutlich früher und individueller zu unterstützen – bereits in der Sekundarstufe I. Konkret braucht es ab Klasse 9 eine kontinuierliche, individuelle Begleitung durch externe Fachkräfte, die an den Schulen präsent sind, beraten und gemeinsam mit den jungen Menschen den Übergang in Ausbildung planen. Diese Unterstützung sollte gezielt dort ansetzen, wo ein erhöhter Bedarf besteht.

Schon im allgemeinbildenden Schulsystem zeigen sich erhebliche Herausforderungen: 2025 verließen 14.400 (7,9 %) der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss, weitere 11.300 (6,3 %) erreichten lediglich den ersten Schulabschluss. Damit verfügt ein wachsender Anteil junger Menschen über geringe schulische Qualifikationen, die den Einstieg in Ausbildung deutlich erschweren.

„Wenn wir jetzt nicht handeln, verfestigen sich Bildungsarmut und Ausbildungslosigkeit für viele junge Menschen dauerhaft. Entscheidend ist, dass wir früher ansetzen: Benachteiligte Jugendliche brauchen bereits in der Sekundarstufe I eine verlässliche und individuelle Begleitung, damit ihnen der Weg in berufliche Ausbildung nachhaltig gelingt“, sagt **Kirsten Schwenke, Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege NRW**.

Ein Teil der Jugendlichen wechselt zunächst in das sogenannte Übergangssystem – etwa in berufsvorbereitende Maßnahmen oder Bildungsgänge an Berufskollegs, die auf eine Ausbildung vorbereiten. Meist sind das junge Menschen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf und in teilweise schwierigen Lebenssituationen.

In diesem Bereich gibt es bereits wichtige Unterstützungsangebote. Programme wie „Ausbildungswege NRW“ setzen hier an, begleiten junge Menschen individuell und unterstützen Übergänge in Ausbildung. Gleichzeitig greifen sie für viele zu spät, da die Förderung erst nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule einsetzt. Aus Sicht der Freien Wohlfahrt braucht es eine frühere Ausrichtung und eine deutliche Ausweitung von „Ausbildungswege NRW“.

„Die Daten zeigen, dass viele junge Menschen erst sehr spät Unterstützung erhalten – oft erst dann, wenn sich schwierige Verläufe bereits verfestigt haben. Das müssen wir durchbrechen: Wer früher unterstützt wird, startet stabiler in Ausbildung und hat deutlich bessere Chancen, diese auch erfolgreich abzuschließen“, sagt **Ralf Nolte, Vorsitzender des LAG-Arbeitsausschusses Arbeit und Arbeitslosigkeit**.

Die Freie Wohlfahrt NRW betont: Unterstützungsangebote müssen künftig stärker differenziert und gezielt auf individuelle Bedarfslagen zugeschnitten werden. Angesichts begrenzter Ressourcen ist es entscheidend, insbesondere diejenigen jungen Menschen zu erreichen, die den dringendsten Unterstützungsbedarf haben.

Gleichzeitig brauchen die Einrichtungen, die diese Unterstützung leisten, verlässliche Rahmenbedingungen. Kurzfristige Förderlogiken, zu kurze Laufzeiten und finanziell nicht ausreichend ausgestattete Programme erschweren eine kontinuierliche Begleitung und gefährden die Qualität der Angebote.

Die Folgen der aktuellen Entwicklung sind bereits sichtbar: Wie der Report zeigt, verlaufen Übergänge zunehmend instabil, Ausbildungsabbrüche nehmen zu, und immer mehr junge Menschen befinden sich zeitweise weder in Ausbildung noch in Beschäftigung.

Langfristig schlägt sich dies in einer hohen Zahl junger Erwachsener ohne Berufsabschluss nieder: In Nordrhein-Westfalen betrifft dies 21,4 Prozent der 20- bis 34-Jährigen – deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt (18,8 %).

Nordrhein-Westfalen steht dabei in besonderer Weise in der Verantwortung: Als bevölkerungsstärkstes Bundesland bündelt sich hier ein erheblicher Teil der bundesweiten Herausforderungen. Frühzeitige Investitionen in individuelle Unterstützung sind daher nicht nur sozialpolitisch geboten, sondern auch eine zentrale Voraussetzung für Fachkräftesicherung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zudem zeigt der Report, dass frühzeitige Förderung auch spätere Folgekosten vermeiden und die Sozialkassen langfristig entlasten kann.

## Hinweis für die Medien

Gern stehen Ihnen unsere Trägereinrichtungen für weitergehende Recherchen und zur Berichterstattung zur Verfügung. Kontaktieren Sie gern die LAG-Pressestelle und wir vernetzen Sie passgenau mit einem Träger, der aus seiner praktischen, täglichen Arbeit die hier getätigten Aussagen illustrieren kann.

Den vollständigen NRW-Report Arbeitsmarktpolitik finden Sie hier:

<https://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de/initiativen/nrw-report-arbeitsmarktpolitik/aktuelle-ausgabe-bildungsarmut-und-ausbildungslosigkeit-junger-menschen>

Dort ist auch eine Datenbank mit den aktuellen Arbeitsmarktdaten für NRW hinterlegt – hier können Sie leicht Städte und Kreise nach verschiedenen Analyse-Merkmal miteinander vergleichen.

## Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW in drei Sätzen

750.000 Mitarbeitende der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen setzen sich täglich dafür ein, Menschen in allen Lebenslagen zu unterstützen. Mit ihren Angeboten und Dienstleistungen erreichen die Träger der Freien Wohlfahrtspflege in NRW jährlich rund 6 Millionen Menschen. Neben den konkreten Aufgaben der Wohlfahrts- und Sozialarbeit übernehmen die Verbände eine wichtige Mittlerrolle zwischen Gesellschaft, Politik und Verwaltung: Sie benennen soziale Schieflagen und setzen auf Dialog, um gemeinsame Lösungen für alle beteiligten Akteurinnen und Akteure zu erreichen.